



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2013

Wirtschaftsprüfer im Fokus der EU

Eberle, Reto

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-173460>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Eberle, Reto (2013). Wirtschaftsprüfer im Fokus der EU. UZH Business Insight, (4):8-11.

Forschung

Wirtschaftsprüfung im Spannungsfeld zwischen Marktwirtschaft und staatlicher Regulierung

Wirtschaftsprüfer im Fokus der EU

Aufgrund der wirtschaftlichen Turbulenzen in den letzten Jahren hat die EU-Kommission Handlungsbedarf auch bei den Wirtschaftsprüfern ausgemacht und im Herbst 2010 dazu ein sog. Grünbuch veröffentlicht. Die Kernpunkte darin sind die Rotation der Prüfungsgesellschaften, das Verbot von prüfungsfremden Leistungen (Beratung) sowie die Etablierung einer Europäischen Aufsicht für Wirtschaftsprüfer. Der vorliegende Beitrag unterzieht die Kernpunkte des Grünbuchs einer ersten kritischen Prüfung und beschreibt deren Auswirkungen auf den Berufsstand der Wirtschaftsprüfer.

Prof. Dr. Reto Eberle

Hintergrund

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben sich die Wirtschafts- und Finanzmärkte aufgrund der Liberalisierung auf der einen Seite und des technischen Fortschritts auf der anderen Seite in ihrem Volumen, ihrer Struktur und ihrer Komplexität stark verändert und weiterentwickelt. Diese Veränderungen steigerten unter anderem die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte. Steigende Anforderungen an die Rechnungslegung, Transparenz und das Risikomanagement bewirkten, dass auch der Markt für Wirtschaftsprüfungen von diesem strukturellen Wandel nicht verschont blieb. Aufgrund der Finanz-

«Welche Rolle spielte die Wirtschaftsprüfung bei der Entstehung der Finanzkrise?»

krise mussten u.a. Banken in den Jahren 2007 bis 2009 erhebliche Verluste in den verschiedenen Bilanzpositionen und ausserbilanziellen Positionen verbuchen, infolge dessen es zu einem Vertrauensverlust in die Finanzsysteme kam. Vor diesem Hintergrund wurden die Verantwortlichkeit und Rolle von den Banken, Rating Agenturen und Zentralbanken an der Entstehung der Finanzkrise untersucht. Im Herbst 2010 war dann die Reihe an den Wirtschaftsprüfern: Die EU-Kom-

mission veröffentlichte ein sog. Grünbuch mit dem Titel «Weiteres Vorgehen im Bereich der Abschlussprüfung: Lehren aus der Krise». Darin anerkannte die EU-Kommission die für das Funktionieren von (Finanz-)Märkten wichtige Rolle der Wirtschaftsprüfer. Weil sich in den Testaten der Wirtschaftsprüfer keine Hinweise auf den nahenden Zusammenbruch von Finanzinstituten fanden, sah Brüssel die Qualität der Abschlussprüfungen gefährdet. Im Grünbuch wurde die Rolle der Wirtschaftsprüfung eingehend diskutiert. Mit der Absicht, diese zu stärken, schlug die EU-Kommission eine Reihe von einschneidenden Reformansätzen zur Verbesserung der Qualität der Abschlussprüfungen und damit zur Stabilisierung des Finanzsystems vor. Rund ein Jahr später präzisierte sie die im Grünbuch dargelegten Reformansätze, indem sie zum einen eine Änderungsrichtlinie zur 8. EG-Richtlinie und zum anderen einen Verordnungsvorschlag für die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse vorlegte.

Inhalt des Grünbuchs

Zu den wichtigen Themen, die im Grünbuch behandelt werden, gehö-

ren Massnahmen zur Verbesserung der Berichterstattung, die Stärkung der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die Regulierung des Prüfungsmarktes, die Stärkung der Prüferaufsicht und Massnahmen zur Senkung der Markteintrittsbarrieren für kleine und mittelständische Unternehmen zur Förderung des Wettbewerbs und der Dynamik auf dem Abschlussprüfermarkt. Kernpunkte der Vorschläge des Grünbuchs sind folgende:

- Rotation der Prüfungsgesellschaften
- Verbot von prüfungsfremden Leistungen (Beratung)
- Europäische Aufsicht der Wirtschaftsprüfer

Die von der Kommission Ende 2010 durchgeführte Konsultation zu den Vorschlägen stiess auf unerwartet grosse Aufmerksamkeit. Nicht weniger als 700 (!) Stellungnahmen sind in Brüssel eingegangen. Eine Durchsicht zeigt, dass insbesondere die Massnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur und zur Stärkung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers von der Branche ebenso wie von weiten Teilen der Fachwelt als

«Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer bewegt die Gemüter.»

kritisch und kontraproduktiv erachtet werden. Nichtsdestotrotz hielt die EU-Kommission in ihrer Auswertung fest, dass die Vorschläge auf weitgehende Zustimmung gestossen seien.

Zu den Kernpunkten im Einzelnen: Die EU-Kommission sieht eine mögliche Gefahr in der hohen Konzentration der Branche auf die vier grossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (KPMG, PWC, Ernst & Young

und Deloitte). Demnach werden im Durchschnitt 90 % der börsenkotierten Unternehmen in der EU von einer der vier grossen Prüfungsgesellschaften geprüft. Die EU-Kommission befürchtet, dass eine derartige Konzentration eine Anhäufung systemrelevanter Risiken hervorrufen könne, beziehungsweise dass ein Zusammenbruch einer der systemrelevanten Prüfungsgesellschaften negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben könnte. Zusätzlich bemängelt die EU-Kommission, dass die Unternehmen aufgrund der hohen Anbieterkonzentration nur geringe Möglichkeiten bei der Wahl eines geeigneten Prüfers hätten. Grössere Revisionsgesellschaften besäßen darüber hinaus eine bessere Reputation und würden daher tendenziell kleineren Revisionsgesellschaften vorgezogen.

Um die Konzentration auf dem Prüfermarkt zu reduzieren und die Marktstruktur zu verbessern, schlug die EU-Kommission die Einführung von Gemeinschaftsprüfungen, sogenannte «Joint Audits», vor, bei welcher zwei oder mehrere Prüfungsgesellschaften gemeinsam die Abschlussprüfung eines Unternehmens durchführen. Auf diese Weise sollte den mittelgrossen Prüfungsgesellschaften die Möglichkeit gegeben werden, Abschlussprüfungen von börsenkotierten Unternehmen durchzuführen und die Dominanz der grossen vier Prüfungsgesellschaften zu durchbrechen.

Die eingegangenen Stellungnahmen zu den Joint Audits waren geteilt: Die einen vertreten dezidiert die Meinung, ein solches Instrument würde nur eine Erhöhung der Prüfungskosten bewirken, während andere der Ansicht sind, dass das Vier-Augen-Prinzip die Qualität der Abschlussprüfung verbessere und neue Marktstrukturen schaffe. Im Ende

November 2011 veröffentlichten Verordnungsvorschlag der EU-Kommission taucht das zwingende Erfordernis von Joint Audits nicht mehr auf.

Neben der Marktstruktur bewegt das Thema Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer die Gemüter. Die EU-Kommission nimmt eine radikale Haltung ein, indem sie die Unabhängigkeit des Prüfers in Gefahr sieht, wenn dieser durch das zu prüfende Unternehmen beauftragt wird. Neben dem Vorschlag, eine unabhängige Drittpartei (z.B. Regulierungsbehörde) einzuschalten, welche über die Wahl und das Honorar der Revisionsstelle entscheiden soll, wünscht sich die EU-Kommission, dass sich die Prüfungsgesellschaften auf ihr Kerngeschäft, die Abschlussprüfung konzentrieren: Die Prüfungsunternehmen sollen keine prüfungsfremden Leistungen (wie Beratungsleistungen) mehr erbringen dürfen. Dies würde de facto zur Schaffung von «reinen» Prüfungsgesellschaften führen (pure audit firms). Um die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers zu stärken beziehungsweise um mögliche Interessenskonflikte zu reduzieren, sieht die EU-Kommission zudem zusätzlich zur internen Rotation (Rotation des leitenden Revisors alle sieben Jahre) eine externe Rotationspflicht der Revisionsgesellschaft vor. Konkret sollen die Revisionsgesellschaften nach den Vorschlägen des Grünbuchs der EU-Kommission in der Regel nach einer Beschäftigungszeit von maximal sechs Jahren rotieren müssen. Zusätzlich soll die Option bestehen, das Engagement bis zu neun Jahre zu verlängern, wenn die Prüfung in Joint Audits durchgeführt wird.

Bei diesem Thema scheiden sich die Geister seit jeher und mit unverminderter Härte: Insbesondere von

wissenschaftlicher Seite wird betreffend der Rotation der Prüfungsgesellschaft kritisiert, dass es keine empirischen Belege für die Verbesserung der Prüfungsqualität durch die externe Rotation gibt. Auch für den qualitätssteigernden Effekt eines Verbots von prüfungsfremden Dienstleistungen bei Prüfungskun-

«Für die Verbesserung der Prüfungsqualität durch die externe Rotation fehlen wissenschaftliche Belege!»

den existieren keine wissenschaftlichen Nachweise. Die Wirtschaftsprüfungsbranche weist auf die Nachteile einer obligatorischen externen Rotation in Form von hohen Kosten (für die Offerte und die Einarbeitung) hin und befürchtet, dass mit einem Verbot von Beratungsdienstleistungen für die Prüfung notwendiges Wissen verloren gehen könnte. Zudem würde der Berufsstand an Attraktivität verlieren, was die Qualität der zu erbringenden Prüfungsdienstleistungen gefährden könnte. Weitgehend Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass die Vorschläge des Grünbuchs den Aufwand und damit die Kosten der Abschlussprüfung erhöhen könnten.

Ergänzt werden die Kernbestimmungen der EU-Kommission durch weitere Neuerungen, die weit mehr Zustimmung erhalten haben. So soll die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Aufsichtsbehörden verstärkt werden, indem die Prüferaufsicht im Rahmen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) koordiniert wird. Desweiteren soll ein Europäischer Pass für Prüfgesellschaften eingeführt werden, der diesen erlauben wird, ihre Leistungen in der

ganzen EU anzubieten. Dazu will die EU-Kommission die Einhaltung der bereits bestehenden global anerkannten Normen zur Durchführung einer Abschlussprüfung, die International Standards on Auditing (ISA), für sämtliche Abschlussprüfer und Prüfungsgesellschaften zur Pflicht machen.

Ausblick

Die ursprünglichen Vorschläge des Grünbuchs hätten das Geschäftsmodell der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften rund ein Jahrzehnt nach der Einführung des US-amerikanischen Sarbanes-Oxley-Act erneut grundlegend verändert. Dies allerdings ohne zwingenden Grund, denn die Vorschläge der EU-Kommission hielten einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht Stand, sondern zeugten vielmehr von einem allgemeinen Unbehagen gegenüber der Rolle des Abschlussprüfers.

«Die Vorschläge der EU-Kommission zeugen von einem allgemeinen Unbehagen gegenüber der Rolle des Abschlussprüfers.»

Mit den Vorschlägen des Grünbuchs scheint die EU-Kommission aber nicht nur nach Meinung des Berufsstandes und der Wissenschaft über das Ziel hinaus geschossen zu haben. So hat der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments im September 2012 seine Berichtsentwürfe zur Änderungsrichtlinie und zum Verordnungsvorschlag der EU-Kommission vorgelegt, in welchem er sich von vielen der Vorschläge der EU-Kommission distanziert: sowohl die Ernennung und Vergütung durch eine unabhängige Regulierungsbehörde als auch das Konzept der «reinen» Revisionsgesellschaften werden verworfen. Die Rotationspflicht der Revisionsgesellschaft wird de facto auch zurückgewiesen; ein Prüfungsmandat bei Unternehmen öffentlichen Interesses soll fünf- und zwanzig Jahre nicht überschreiten dürfen.

Es ist jedoch noch nichts entschieden: Das letzte Wort haben das europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten. Die weitgehende Ablehnung der Vorschläge durch den Rechtsausschuss der EU-Kommission gibt jedoch Anlass zur Hoffnung, dass die im Grünbuch der EU-Kommission enthaltenen Änderungsvorschläge in dieser radikalen Form nicht übernommen werden. Zielführender wäre es aber auf jeden Fall gewesen, zum Teil sicherlich berechtigtes Unbehagen gegenüber der Rolle des Abschlussprüfers auf Basis wissenschaftlich erhärteter Erkenntnisse zu untersuchen und darauf basierende Vorschläge unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Kosten-/Nutzen-Verhältnisses auszuarbeiten.

Literaturhinweise:

Eberle, Reto: EU hinterfragt Aufgabe und Rolle der Wirtschaftsprüfung – Droht im Bereich Wirtschaftsprüfung aufgrund des Grünbuchs zu den Lehren aus der Krise eine weitere Regulierungswelle? in: KPMG Audit Committee News, Ausgabe 33, März 2011, Zürich.

Eberle, Reto / Schmitz, Daniela: EU-Grünbuch zur Wirtschaftsprüfung: alter Wein in neuen Schläuchen? – Vergleichende Analyse der Bestimmungen des EU-Grünbuchs mit dem Sarbanes-Oxley Act unter besonderer Berücksichtigung von industrieökonomischen Aspekten, in: Finanz- und Rechnungswesen – Jahrbuch 2012, Meyer, Conrad/Pfaff, Dieter (Hrsg.), Zürich 2012, S. 201 – S. 233.

Europäische Kommission: Weiteres Vorgehen im Bereich der Abschlussprüfung: Lehren aus der Krise, Grünbuch, Brüssel 2010.

Europäische Kommission: Vorschlag für Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (2011/0359), Brüssel 2011.

Rechtsausschuss der Europäischen Kommission: Entwurf eines Berichts über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über spezifische Anforderungen an die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse, (2011/0359), Brüssel 2012.

Stefani, Ulrike / Hess, Benjamin: Ökonomische Konsequenzen der Einschränkung von «Prüfung und Beratung aus einer Hand», in: Die Wirtschaftsprüfung, Ausgabe 22 (2012), S. 1177 – S. 1186.

Der Autor:

Prof. Dr. Reto Eberle ist ausserordentlicher Professor für Auditing and Internal Control an der Universität Zürich sowie Audit Partner und Mitglied des Department of Professional Practice bei KPMG.



**Universität
Zürich^{UZH}**

Weiterbildung

CAS Grundlagen der Unternehmensführung

Mit dieser berufsbegleitenden Weiterbildung lernen Sie in weniger als einem Jahr die wichtigsten Bereiche der *Betriebswirtschaft* kennen. Parallel dazu erhalten Sie eine Einführung in die *Volkswirtschafts- und Rechtslehre*. Zusätzliche Module in *Kommunikation* runden den Studiengang ab.

Lehrkörper

Professor/-innen der Universität Zürich, ergänzt durch hochqualifizierte Praktiker/-innen aus der Wirtschaft

Zielpublikum

Personen aus allen Branchen mit Hochschulabschluss oder vergleichbarer Ausbildung und mindestens zwei Jahren Berufspraxis

Dauer

7. Februar bis 1. November 2014, elfte Durchführung

Anmeldeschluss

30. November 2013

Universität Zürich

CAS Grundlagen der Unternehmensführung

Plattenstrasse 14, 8032 Zürich

Tel. 044 634 29 09, Fax 044 634 49 15

info.guf@business.uzh.ch, www.cas-guf.uzh.ch